JUNGE STIMMEN

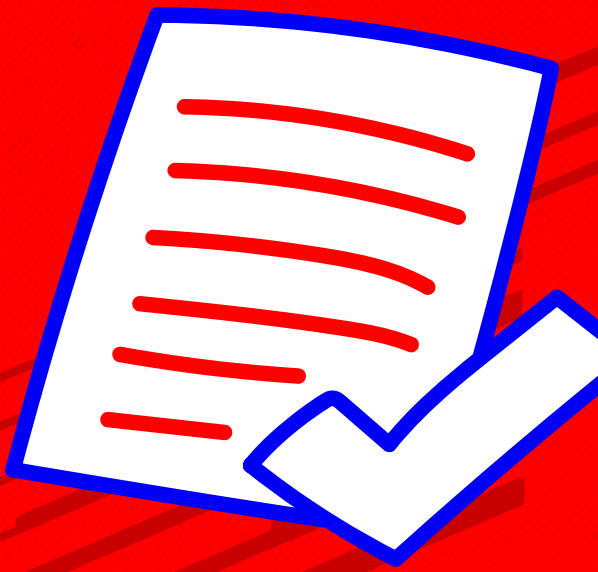
POSITIONSPAPIER 2025

Cfdt: FGTE CHEMINOTS

EVG JUGEND

sev Jugend Jeunesse Gioventù

vida jugend



INHALTSVERZEICHNIS

- Gegen die Privatisierung des Eisenbahnsektors und für die Einhaltung der Klimaziele
- Sicherheit und Sicherstellung von Grundbedürfnissen der Beschäftigten
- Zukunftsorientierte Personalplanung – Ausbildung attraktiver gestalten
- Stärkung der betrieblichen Interessen-vertretung in der Eisenbahn
- Kein Fußbreit dem Faschismus und Rechtsextremismus
- Jugendarbeit braucht Verlässlichkeit – Hauptamtliche Ressourcen stärken

GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DES EISENBAHNSEKTORS UND FÜR DIE EINHALTUNG DER KLIMAZIELE

WARUM WIR UNS POSITIONIEREN:

Die Eisenbahn ist ein zentrales Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Mobilität und der klimafreundlichen Verkehrswende in Europa. Aus Sicht der vier Verkehrsgewerkschaften EVG, vida, SEV und CFDT Cheminots lehnen wir eine Privatisierung oder Marktöffnung des Eisenbahnsektors klar ab. **Unsere Erfahrungen zeigen:** Privatisierung gefährdet nicht nur Qualität, Sicherheit und soziale Standards, Sie stellt auch einen Rückschritt für eine nachhaltige Verkehrspolitik dar.

In allen vier Ländern wurde in den letzten Jahrzehnten unter dem Druck der EU und nationaler Marktliberalisierungsstrategien versucht, Eisenbahnunternehmen stärker zu öffnen oder zu zerschlagen. Dabei zeigen sich die negativen Folgen deutlich: Zersplitterte Zuständigkeiten, sinkende Investitionen in die Infrastruktur, erhöhter Preisdruck, zunehmender Fachkräftemangel und ein Rückgang der Qualität im Betrieb. Diese Entwicklungen widersprechen den Zielen einer funktionierenden, zuverlässigen und für alle zugänglichen Bahn.

In Deutschland hat die Umwandlung der Deutschen Bahn in eine Aktiengesellschaft nicht zur erhofften Effizienzsteigerung geführt. Im Gegenteil: Der Druck auf Gewinne führte zu Einsparungen beim Personal, Ausdünnung von Fahrplänen und wachsendem Investitionsrückstau im Netz. Die EVG warnt davor, die Infrastruktur weiter aufzuspalten oder durch zusätzliche private Anbieter zu destabilisieren.

In Österreich steht das Modell eines starken öffentlichen Bahnunternehmens (ÖBB) für Stabilität und Verlässlichkeit. Die Gewerkschaft vida setzt sich vehement dafür ein, dass der Bahnverkehr integraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt. Auch in Österreich ist der Wettbewerb im Personen- und Güterverkehr gestiegen – mit teils negativen Auswirkungen auf Personalstandards und langfristige Planungssicherheit.

In der Schweiz wehrt sich die SEV gegen die Öffnung des Marktes für ausländische Anbieter, wie etwa im internationalen Personenverkehr. Das bewährte Kooperationsmodell würde durch Rosinenpickerei und Sozialdumping bedroht. Der öffentliche Verkehr in der Schweiz ist eng verzahnt – eine Fragmentierung durch Liberalisierung würde dieses System gefährden.

In Frankreich hat die Öffnung des Personenverkehrs bereits zu ersten negativen Effekten geführt. Spürbar wurde das bei Themen wie Arbeitsbedingungen, Angebotsvielfalt in ländlichen Regionen und im Zusammenhalt des nationalen Schienennetzes. Die CFDT warnt vor einer Entwicklung, bei der wirtschaftlicher Wettbewerb über soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung gestellt wird.

Wir, die unterzeichnenden Gewerkschaften, sehen die folgenden Risiken und Fehlentwicklungen klar vor Augen:

- **Sozialdumping:** Private Anbieter umgehen oft Gesamtarbeitsverträge oder bieten schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen. Dies gefährdet die Beschäftigten im gesamten Sektor.
- **Zersplitterung statt Kooperation:** Wettbewerb auf der Schiene führt zu Konkurrenz statt zu einem koordinierten, zuverlässigen Angebot.
- **Vernachlässigung ländlicher Regionen:** Private Unternehmen bedienen meist nur profitable Strecken – der flächendeckende Zugang wird dadurch geschwächt.
- **Klimaziele in Gefahr:** Eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Bahnpolitik verhindert die notwendige Verkehrswende hin zu mehr Schiene.

Unsere Prognose ist klar: Eine weitere Öffnung der Märkte wird den Bahnsektor destabilisieren und seine Rolle als öffentliches, sozial gerechtes und klimafreundliches Verkehrsmittel schwächen.

WIR FORDERN GEMEINSAM:

- Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung nationaler Bahnunternehmen.
- Stopp der Marktöffnung im internationalen Personenverkehr.
- Stärkung des integrierten Bahnsystems – aus einer Hand, für alle.
- Verbindliche soziale Standards und flächendeckende Anwendung von GAVs/Tarifverträgen.
- Politisches Bekenntnis zum Eisenbahnverkehr als Service Public.

Nur eine starke, öffentlich verantwortete Eisenbahn kann ihren Beitrag zur Mobilität der Zukunft leisten - für Menschen, Umwelt und Beschäftigte.

SICHERHEIT UND SICHERSTELLUNG VON GRUNDBEDÜRFNISSEN DER BESCHÄFTIGTEN

SICHERHEIT DER BESCHÄFTIGTEN: SCHUTZ VOR ÜBERGRIFFEN UND ÜBERLASTUNG

In allen vier Ländern berichten Kolleg:innen von steigender Belastung, wachsender Aggression im Kundenkontakt sowie personeller Unterbesetzung. Besonders das Zugpersonal ist zunehmend Ziel verbaler und körperlicher Übergriffe. Gleichzeitig fehlt es an technischen und personellen Schutzmechanismen. Auch Alleinarbeit auf dem Triebfahrzeug oder in der Instandhaltung stellt ein ernsthaftes Risiko dar.

Unsere gewerkschaftlichen Forderungen:

- Flächendeckende Ausstattung mit technischen Schutzsystemen: Notruftaster, Videoüberwachung, Bodycams, wenn gewünscht
- Verbindliche Schulungen in Deeskalation und Konfliktmanagement
- Keine gefährliche Alleinarbeit: Mindestausstattung mit Personal, auch in der Fläche
- Nationale und grenzüberschreitende Sicherheitskonzepte unter Einbeziehung der Beschäftigtenvertretungen

GRUNDBEDÜRFNISSE: TOILETTEN, WASSER UND SCHUTZ VOR HITZE SIND KEIN LUXUS

Es ist inakzeptabel, dass Eisenbahnbeschäftigte in Europa regelmäßig ohne Zugang zu sauberen Sanitäranlagen oder Trinkwasser arbeiten müssen – insbesondere auf langen Strecken, in abgelegenen Bahnhöfen oder bei technischen Einsätzen. Die Klimakrise macht die Situation noch dramatischer: Überhitzte Führerstände, fehlende Beschattung und lange Schichten ohne Wasserzufuhr gefährden die Gesundheit unserer Kolleg:innen.

Unsere gewerkschaftlichen Forderungen:

- Verbindlicher Zugang zu sauberen, erreichbaren WCs entlang aller Strecken und Einsatzgebiete
- Pflicht zur Trinkwasserversorgung für alle Eisenbahnbeschäftigten während der gesamten Dienstzeit
- Technische Hitzeschutzmaßnahmen: Klimaanlagen in Triebfahrzeugen, mobile Schattenspender auf Bahnsteigen, Hitzeschutzkleidung bei Außeneinsätzen
- Anpassung der Arbeitszeitregelungen bei extremen Wetterbedingungen (z. B. verkürzte Schichten bei Hitze)

EUROPÄISCHE VERANTWORTUNG BRAUCHT EUROPÄISCHE STANDARDS

Wir erleben einen immer stärker vernetzten Bahnverkehr – doch bei den Arbeitsbedingungen herrscht ein Flickenteppich. Während Frankreich punktuell Vorreiter im Hitzeschutz ist, zeigen sich in Deutschland und Österreich Defizite bei Toiletteninfrastruktur und technischer Ausstattung. Die Schweiz hat teils gute Standards, aber auch Herausforderungen im Flächenbetrieb. Es braucht jetzt gemeinsame Mindeststandards – europaweit.

Unsere gewerkschaftliche Forderung:

Ein europäischer Rahmen für Sicherheit und Versorgung im Eisenbahndienst – getragen von Sozialpartnern, Politik und Aufsichtsbehörden.

ZUKUNFTSORIENTIERTE PERSONALPLANUNG – AUSBILDUNG ATTRAKTIVER GESTALTEN

PERSONALPLANUNG, ALSO DA WO DIE NACHWUCHSKRÄFTE OFTMALS UNTERGEHEN

2,5 bis 3,5 Jahre Ausbildung und doch gibt es keinen Arbeitsplatz, wo Auszubildende nach ihrer Ausbildung unterkommen können. Jährlich machen sich die Arbeitgeber in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz Gedanken, wie viele Auszubildende und Dual Studierende sie einstellen wollen. Nur um dann am Ende der Ausbildung zu merken, dass die Planung wohl nicht ganz aufgeht. Das ist keine Wertschätzung der Auszubildenden und ihrer aufgewandten Zeit und Mühe in der Ausbildung.

Wir als Gewerkschaften stehen hinter einer bedachten und zukunftsorientierten Bedarfsplanung. Eine Planung, die von den betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessensvertreter:innen unterstützt wird und den Auszubildenden zeigt, dass ihnen eine sichere Zukunft nach Ihrer Ausbildung entgegen schaut.

Unabhängig davon, ob Schüler:innen nun in Deutschland, Frankreich, Österreich oder Schweiz zur Schule gehen, überall wird die Ausbildung herabgestuft.

» **„Wer wirklich was im Leben erreichen will, muss studieren“** heißt es immer.

Wenn man einen höheren Abschluss gemacht hat, wird man dann während der Ausbildung gefragt:

» **„Wie du machst eine Ausbildung, warum studierst du nicht?“**

Als Gewerkschaften sind wir der Meinung, dass es keine Herabstufung der Ausbildung als mögliche Zukunft von Schüler:innen geben sollte. Denn die Auszubildenden und auch die Dual Studierenden bringen doch den größten Vorteil: Die Praxiserfahrung. Auszubildende können nach ihrer Ausbildung direkt die Arbeit im Unternehmen aufnehmen, wirtschaftlich arbeiten und sich persönlich, wie beruflich weiterentwickeln.

Nicht nur die Länder sollten hier in Aktion treten, auch unsere Unternehmen sollten die Ausbildung attraktiver gestalten. Was bedeutet das? Wir als Gewerkschaften fordern die Unternehmen auf, mehr Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Publik zu machen. Aufzuzeigen, dass nach der Ausbildung noch nicht Schluss ist.

Die Generation Z (1997-2012) wird nicht 40 Jahre denselben Job im selben Unternehmen ausführen. Die Unternehmen müssen sich dem anpassen und ihren zukünftigen Mitarbeitern und unseren Kollegen die Möglichkeit bieten ihr persönliches und berufliches Wissen zu erweitern und diese Möglichkeit auch aktiv zu bewerben.

» **Die Ausbildung ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und soll es auch in Zukunft bleiben.**

Die Generation der Baby Boomer (1946-1964) geht innerhalb der nächsten Jahre in Rente oder Pension. Diesen Wegfall müssen wir mit der Steigerung der Attraktivität der Ausbildung decken, wozu nicht nur die Arbeitsplatzsicherheit gehört, sondern auch eine zukunftsorientierte Personalplanung, die nachhaltig gestaltet ist.

» **Diese Aufgabe liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitgebern und Gewerkschaften.**

STÄRKUNG DER BETRIEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNG IN DER EISENBAHN

STÄRKUNG DER BETRIEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNG IN DER EISENBAHN – GEWERKSCHAFTLICHE SICHT (D-A-CH-F)

Die betriebliche Interessenvertretung ist ein zentrales Element zur Sicherung fairer Arbeitsbedingungen im Eisenbahnsektor. In Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich stehen die Vertreter*innen vor ähnlichen Herausforderungen: zunehmender Wettbewerbsdruck, Digitalisierung, Personalmangel und Privatisierung.

Gewerkschaften fordern eine gezielte Stärkung der betrieblichen Interessenvertretungen, um diesen Entwicklungen wirksam begegnen zu können. In allen vier Ländern ist es notwendig, Mitbestimmungsrechte auszubauen, rechtliche Rahmenbedingungen zu verbessern und ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Konkret gestärkt werden kann die Interessenvertretung durch:

- gesetzlich garantierte Freistellungen und umfassende Schulungen,
- verbesserten Zugang zu Informationen und digitalen Systemen,
- stärkere gewerkschaftliche Unterstützung in der täglichen Arbeit,
- sowie durch internationale Vernetzung gewerkschaftlicher Strukturen, um europaweit einheitliche Standards durchzusetzen.

Nur durch starke, gut vernetzte Interessenvertretungen können die Beschäftigten ihre Rechte verteidigen und die Zukunft der Eisenbahn aktiv mitgestalten.

RECHTSEXTREMISMUS

UNSERE HALTUNG:

Rechtsextremismus stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere demokratischen Gesellschaften, für Vielfalt am Arbeitsplatz und für das solidarische Miteinander dar. Als Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich treten wir entschieden gegen jede Form von rechter Ideologie, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein – ob im Betrieb, in der Öffentlichkeit oder in der politischen Debatte.

Unsere Gewerkschaften stehen für Solidarität, Gerechtigkeit und die Würde aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Diese Grundwerte sind unvereinbar mit rechtsextremen Positionen, die auf Ausgrenzung, Hass und Nationalismus setzen. Der Eisenbahnsektor und Mobilitätssektor leben von internationaler Zusammenarbeit, von Kollegialität über Grenzen hinweg, und von einer Belegschaft, die so vielfältig ist wie die Gesellschaft selbst. Rechtsextremes Gedankengut hat in unseren Betrieben keinen Platz.

Gerade in Zeiten wachsender politischer Spannungen und gesellschaftlicher Polarisierung sehen wir es als unsere Pflicht, wachsam zu sein. Wir erleben, wie Hass, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zunehmend salonfähig gemacht werden – auch in politischen Institutionen, im Netz und im Alltag. **Dem stellen wir uns geschlossen entgegen. Gewerkschaften sind nicht neutral gegenüber Menschenfeindlichkeit – wir sind parteiisch: für Demokratie, Menschenrechte und sozialen Zusammenhalt.**

Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, Haltung zu zeigen – am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und bei Wahlen. Rechtsextreme Positionen dürfen nicht normalisiert werden, weder in Pausengesprächen noch in politischen Entscheidungen. Gleichzeitig fordern wir Arbeitgeber, Betriebsleitungen und die Politik auf, klare Kante gegen Rechtsextremismus zu zeigen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und demokratische Bildung zu fördern – auch in unseren Unternehmen. Unsere Arbeit lebt vom Miteinander unterschiedlichster Menschen. Ob am Bahnsteig, im Führerstand, im Stellwerk oder in der Instandhaltung – Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Ländern, Kulturen und Lebensrealitäten arbeiten täglich Hand in Hand. Diese Vielfalt ist eine Stärke, kein Problem.

» **Aber Haltung allein reicht nicht – es braucht entschlossenes Handeln.**

Wir fordern deshalb von der Politik in allen vier Ländern sowie auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen, um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen: Demokratiebildung und Aufklärung stärken, Zivilgesellschaft unterstützen statt kriminalisieren, Hass im Netz konsequent bekämpfen, Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen, ein klares Bekenntnis zu Vielfalt in öffentlichen Unternehmen und Diskriminierung in der Arbeitswelt vertreiben.

Unser Zusammenhalt ist unsere Stärke. Als Eisenbahngewerkschaften sagen wir klar: Kein Platz für Rechtsextremismus – nicht auf unseren Gleisen, nicht in unseren Zügen, nicht in unseren Köpfen.

» **Kein Fußbreit dem Faschismus – nicht im Betrieb, nicht auf der Straße, nicht in den Parlamenten. Rechtsextreme Kräfte bedrohen die Rechte von Arbeitnehmer:innen, schwächen die Demokratie und säen Spaltung. Unsere Antwort ist Solidarität über Grenzen hinweg.**

HAUPTAMTLICHE RESSOURCEN STÄRKEN

JUGENDARBEIT BRAUCHT VERLÄSSLICHKEIT

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist ein zentraler Baustein für die Zukunft unserer Organisationen. Sie schafft Räume für Mitbestimmung, politische Bildung und solidarisches Handeln – gerade für junge Beschäftigte, Auszubildende und Berufseinsteiger:innen. Doch gute Jugendarbeit braucht mehr als Ehrenamt: Sie braucht verlässliche, kontinuierliche und professionell begleitete Strukturen.

Daher fordern wir eine gezielte Stärkung der hauptamtlichen Ressourcen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit – sowohl auf lokaler als auch auf überregionaler Ebene. Hauptamtliche Jugendsekretär:innen sind nicht nur wichtige Ansprechpartner:innen für junge Mitglieder, sondern spielen eine entscheidende Rolle bei der Organisation von Seminaren, Aktionen und Beteiligungsformaten. Sie sichern Kontinuität, unterstützen Ehrenamtliche und tragen dazu bei, dass junge Stimmen im gewerkschaftlichen Alltag gehört werden.

Wer die Zukunft der Gewerkschaft gestalten will, muss heute in Jugendarbeit investieren – nicht nur ideell, sondern auch personell.

» **Das bedeutet: mehr hauptamtliche Stellen, mehr Zeitbudgets und bessere Qualifizierungsangebote für die Jugendarbeit.**

Nur so gelingt es uns, junge Menschen dauerhaft zu erreichen, zu aktivieren und für gewerkschaftliches Engagement zu begeistern.

Impressum:
Eisenbahn- und
Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Reinhardtstr. 23, 10117 Berlin
Stand: August 2025